

17. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Alexander J. Herrmann (CDU)**

vom 20. April 2015 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 21. April 2015) und **Antwort**

Sulfatbelastungen von Spree und Dahme – Gefährdung der Trinkwasserversorgung in Berlin-Brandenburg

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1: Müssen sich die Berliner und Brandenburger Bürger angesichts der aktuellen Pressemeldungen zur steigenden Sulfatbelastung von Spree und Dahme Sorgen um die Trinkwasserqualität machen?

Antwort zu 1: Die Berliner Wasserbetriebe (BWB) haben gegenwärtig an keinem Wasserwerk Probleme, die Grenzwerte der Trinkwasserverordnung einzuhalten.

Frage 2: Wie stellt sich die aktuelle Sulfatbelastung von Spree und Dahme in Berlin auf Basis der Analysewerte in Milligramm pro Liter dar und welche Wasserwerke sind am stärksten betroffen?

Antwort zu 2: Die Jahresmittelwerte von 2014 für den Parameter Sulfat (gelöst) betragen:

Müggelspree, Fähre Rahnsdorf:	257 mg/L
Spree, Sophienwerder:	216 mg/L
Dahme, Schmöckwitzer Brücke:	191 mg/L
Teltowkanal, Nathanbrücke:	192 mg/L

Potentiell betroffen von einer Zunahme der Sulfatkonzentration wären die an der Spree lokalisierten Wasserwerke. Das sind das Wasserwerk Friedrichshagen und das Wasserwerk Wuhlheide.

Frage 3: Welche Auswirkungen auf das Berliner Grundwasser sieht der Senat mittel- bzw. langfristig und wie soll der in der Trinkwasserverordnung vorgegebene zulässige Grenzwert von 250 mg/l an den zurzeit 9 Berliner Wasserwerken nachhaltig eingehalten werden?

Antwort zu 3: Die Sulfatbelastung von Spree und Dahme hat keinen direkten Einfluss auf das Berliner Grundwasser. Lediglich im Einzugsgebiet der Wasserwerke infiltriert Oberflächenwasser als Uferfiltrat in das Grundwasser und wird von den Förderbrunnen der Wasserwerke gefasst. Durch das ebenso landseitig zuströmende Grundwasser wird bisher in allen Wasserwerken im Trinkwasser der Grenzwert von 250 mg/l unterschritten.

Von einem Anstieg der Sulfatkonzentrationen in der Spree wären lediglich die an der Spree gelegenen Wasserwerke Friedrichshagen und Wuhlheide betroffen.

Frage 4: Mit welcher Strategie und durch welche konkrete Maßnahmen tragen der Bund und die Länder Brandenburg, Sachsen und Berlin der sich in den letzten Jahren zugespitzten Situation des Sulfateintrags in die Oberflächengewässer im Bereich des ehemaligen und aktuellen Braunkohleabbaus in der Lausitz Rechnung und wer steht für die Prozesssteuerung zur Absenkung der Kontamination in Verantwortung?

Antwort zu 4: Zur Beherrschung bergbaubedingter Stoffbelastungen in Spree, Schwarzer Elster und Lausitzer Neiße haben die Unternehmen Vattenfall Europe Mining und Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft, die oberste Wasserbehörde Brandenburgs und die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin 2009 ein Strategiepapier ausgearbeitet und verabschiedet.

In dem Strategiepapier sind die Handlungsschwerpunkte der Behörden und Unternehmen, soweit sie gegenwärtig abzusehen sind, dargestellt. Die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen und Anpassungen an die Entwicklung wird betont. Als wichtiges Arbeitsgremium wird die Arbeitsgruppe Flussgebietsbewirtschaftung, die

bereits über Jahre erfolgreich die länderübergreifende Sanierung des Wasserhaushaltes in der Lausitz begleitet und wichtige Impulse gegeben hat, identifiziert. Das Strategiepapier ist das Bekenntnis von Unternehmen und Behörde, gemeinsam an der Lösung der stofflichen Belastung der Gewässer zu arbeiten. Dem Strategiepapier zugehörig ist ein Maßnahmenprogramm zur Reduzierung der bergbaulich bedingten Stoffbelastungen, das ständig überprüft und aktualisiert wird.

Verantwortung tragen die Behörden der Länder Brandenburg und Sachsen.

Frage 5: Wird das bestehende Wasserversorgungskonzept 2040 für Berlin auch unter Berücksichtigung der sich abzeichnenden Entwicklung der Wassergrundlagen überarbeitet und wenn ja, mit welchen Schwerpunkten und bis wann?

Antwort zu 5: Das bestehende Wasserversorgungskonzept der BWB wird nur dann überarbeitet, wenn grundlegende Änderungen der Rahmenbedingungen feststehen. Dies ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht gegeben. Die perspektivische Entwicklung der Sulfatkonzentrationen in der Spree wird in den nächsten Monaten durch Modellrechnungen simuliert. Erst nach Vorliegen der Ergebnisse können entsprechende Handlungsoptionen aufgenommen werden.

Berlin, den 04. Mai 2015

In Vertretung

C h r i s t i a n G a e b l e r

.....

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Mai 2015)